

Religionsfreiheit auf europäischem Niveau

Erklärung von KIRCHE IN NOT Deutschland zu den EU-Verhandlungen mit der Türkei:

1. 2006 jährte sich zum 150. Mal der Frieden von Paris, in dem die damalige osmanische Türkei allen ihren Bürgern Religionsfreiheit garantierte, auch den Übertritt vom Islam zu einer anderen Religionsgemeinschaft. Die meisten der noch heute existierenden Gotteshäuser christlicher Kirchen sind damals entstanden. Es konnten im 19. Jahrhundert katholische Diözesen verschiedener Riten in Anatolien gegründet werden sowie Schulen und Seminare.

Dieses christliche Leben auf dem Staatsgebiet der heutigen Türkei fand im Ersten Weltkrieg durch die Vernichtung der Armenier, durch den Griechisch-Türkischen Krieg und den Bevölkerungsaustausch zwischen Griechen und Türken im Vertrag von Lausanne 1923 und durch die teilweise Besetzung türkischer Gebiete durch die Sieger des Ersten Weltkrieges ein Ende. So kam es, dass die Zahl der Christen von einem Bevölkerungsanteil von fast 30 Prozent im Jahre 1914 auf heute wenige Promille gesunken ist. Diese wenigen, heute etwa 200 000 Christen, kann niemand als Bedrohung ansehen. Sie verkörpern ein seit der Zeit der Apostel vorhandenes Christentum, dessen Überleben garantiert werden muss.

2. Wenn die Türkei in die Europäische Union eintreten will, muss sie den Mindeststandard an Religionsfreiheit nach europäischen Maßstäben erfüllen und den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ ratifizieren.

Zu den Grundvoraussetzungen für Religionsfreiheit gehört in erster Linie:

- die Rechtsanerkennung der christlichen Kirchen und damit verbunden
- der sofortige Stopp von Enteignungen des Eigentums christlicher Gemeinden durch das Gesetz für Stiftungen vom Jahre 1935
- Rückgabe oder Entschädigung für bereits enteignetes Kirchengut und die Möglichkeit des Erwerbs von neuem Eigentum.

3. Zwar gibt es noch sehr viele Kirchengebäude der einzelnen Kirchen, vor allem in Istanbul, doch haben Migration innerhalb des Landes und Zuzug von Ausländern auch zu christlichen Gruppen in Landesteilen geführt, in denen es seit 1923 keine Gotteshäuser mehr gibt. Hier muss der Bau von Kirchen und Gebetsräumen erlaubt werden und darf es nicht zur Verschleppung oder Nichtbeachtung von Bauanträgen kommen.
4. Wir fordern die Zulassung ausländischer Priester für die Seelsorge der christlichen Gemeinden in der Türkei und Ausbildungsstätten für Priester im Lande. Da die Zahl der kirchlichen Gemeinschaften so klein ist, dass eigene Priesterseminare nicht mehr möglich sind, sollten die Kirchen eine internationale ökumenische Ausbildungsstätte in der Türkei schaffen, in der die einzelnen Kirchen für die theologische Ausrichtung ihrer Lehre verantwortlich sind. Auch türkische Priesteramtskandidaten muss es geben, solange nach türkischem Gesetz nur ein türkischer Staatsbürger Bischof werden kann.

5. Im Jahr 1856 war die Durchsetzung der Religionsfreiheit in der osmanischen Türkei möglich, weil sich die europäischen Staaten dafür einsetzten. Das Überleben der Christen in der Türkei hängt auch heute von der Unterstützung durch Europa ab. Wir fordern daher die EU-Mitgliedstaaten und die Politiker aller europäischen Staaten auf, sich mehr als bisher für die Christen in der Türkei einzusetzen. Die christlichen Wurzeln Europas sind seit den Missionsreisen des hl. Paulus auf dem Gebiet der heutigen Türkei gepflanzt worden. Das Christentum verdankt diesem Gebiet so viel, dass Johannes Paul II. die Türkei ein „heiliges Land der Urkirche“ nannte. Den dort immer noch lebenden Christen muss daher unsere Solidarität gelten. Dazu gehört auch die ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit und der Umstände die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Dezimierung der Christen in diesem Gebiet führten.